

„DIE KNUTE ZEIGEN“

Die wilden Sprüche und Drohungen des Rechtsradikalen Schirinowski haben dem Westen die neue Gefahr vor Augen geführt, die von Moskau ausgehen kann. Osteuropäische Staaten verlangen den sofortigen Beitritt zur Nato – den die Allianz nicht gewähren will, um Rußlands Nationalisten nicht zu provozieren.

Das russische Reich zerfällt wie eine Moorleiche bei plötzlicher Sauerstoffzufuhr. Doch kaum verspricht einer „ein Rußland in den Grenzen zu Beginn des Jahrhunderts“, Finnland und Polen also möglichst inklusive – schon träumen Millionen Russen mit.

Auf den Ölfeldern und in den Kohlegruben Sibiriens sackt die Produktion seit Jahren, verschwinden Tausende Tonnen im Schlamm von bürokratischer Ignoranz und Schlamperei. Doch kaum schreit einer: „Amerika, gib uns Alaska zurück“ – schon fühlen sich Millionen Russen als Volk ohne Raum und Rohstoffe.

Im russischen Winter frieren Provinzkindern die Füße, weil warmes Schuhwerk fehlt oder nicht mehr zu bezahlen ist. Doch kaum schwärmt einer vom kolonialen Ausfall nach Süden und davon, wie der Moskowiter Soldat „seine Stiefel im Indischen Ozean reinigen“ wird – schon unterstützen ihn Millionen Russen mit ihren Wahlkreuzen.

Der neue, häßliche Iwan: Hat er in Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, 47, dem Hetzer mit der stets eruptionsbereiten inneren Wut, seinen Repräsentanten gefunden, der Sehnsüchte und Ressentiments der Gedeimtühtigen gleichermaßen verkörpern kann?

Entsteht in Rußland – wie 1917 – ein neuer „Metamythos“, diesmal faschistischer Prägung, der „die Leere des Schwarzen Lochs füllen könnte, das der Bolschewismus hinterlassen hat“? Das ist die düstere Ahnung des früheren amerikanischen Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski.

Noch hat Rußlands Wahltriumphator Schirinowski, Maulheld eines rabiaten Nationalismus, kein fremdes Land genommen. Noch trachtet er nach der Eroberung der russischen Seele, die nach dem Zusammenbruch der ärmlichen, aber mächtigen Zweiten Welt des Kommunismus schwer verletzt im trostlosen Elend der Dritten aufgeschlagen ist.

Doch die Tiraden des Kraftmeiers – der den antirussisch-brodelnden Kaukasus als eine Art Völker-KZ einmauern will, dem abtrünnigen Baltikum abrupt die Energiezufuhr kappen und sich Ostpreußen auf Kosten Polens mit den Deutschen



Rechtsextremist Schirinowski, Leibgarde: „Ich bin einer von euch“

teilen möchte – ließen die Nachbarn Rußlands frösteln wie nie zuvor seit Ende des Kalten Krieges.

„Rußland wird seinen historischen Sonderweg weitergehen“, bangt ein westeuropäischer Diplomat in Moskau, „und er wird uns allen nicht gefallen.“

Die Hoffnungen, Rußland werde nach sieben Jahrzehnten Sowjettraum und -wirklichkeit reumütig und folgsam wie der verlorene Sohn zurückkehren in die europäische Familie, könnten sich schnell als gefährliche Illusion erweisen. Der Westen rätselt, ob ihm jählings

neue Gefahr aus Moskau droht und die Nato sich wieder auf eine totalitäre Herausforderung einrichten muß.

Die Deutschen wähten ihre traumatische Schuld gegenüber Rußland beglichen, das ihnen ihr Führer vor einem halben Jahrhundert als gefügige Sklavenprovinz versprochen hatte. Für ihre Milliarden-Hilfe hofften sie einen Vorzugspartner erwarten zu dürfen, mit dem sich gut Geschäfte machen ließen.

Europäer und Amerikaner glaubten den Gegner von gestern schon an der Kette von Weltbank und Westkrediten,

setzten auf Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft des Zaren Boris Jelzin. Warnzeichen ignorierte die westliche Verdrängungsgemeinschaft gemeinsam mit ihren russischen Reformfreunden; die Losung gab der deutsche Bundeskanzler bei jedem Telefonat mit Jelzin aus: „Boris, du machst das schon.“

Rußlands Realität aber besteht nicht aus Demokratie und Wirtschaftswachstum, sondern aus massenhafter und immer noch anschwellender Angst vor persönlicher wie nationaler Deklassierung, aus Furcht vor Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität.



Arme Moskauer beim Durchsuchen von Müll: „Bis zu den Ohren im Dreck“



Soldaten-Transport in Moskau: „Die Stiefel im Indischen Ozean reinigen“

Diese Stimmung der Verzweiflung beutet der nationalsozialistische Demagoge Schirinowski aus; gegen sie verkündet er seine gefährlich einfachen Rezepte. Kaum zufällig zog er mit dem Wunderheiler und Fernseh-Hypnotiseur Kaschpirowski in den Wahlkampf.

„Ich bin einer von euch“: Mit dieser plumpen Anbiederung beginnt der ehemalige Verlagsjustitiar fast alle seine Kundgebungen. Anders als die Herrschenden lebe er mit Frau Galina und Sohn Igor wie das einfache Volk – „in der gleichen Zweizimmerwohnung,

mit demselben miesen Gehalt wie ihr“.

Aus der Kindheit in Kasachstan ist ihm „nichts Gutes in Erinnerung geblieben“. Der Vater, ein Jurist jüdischer Herkunft, starb früh; die Mutter liierte sich mit einem 15 Jahre jüngeren Technikum-Studenten. Schirinowski fühlte sich viele Jahre lang als Niemand. Brennender Ehrgeiz und uferloses Selbstmitleid wurden zum Hauptantrieb seiner Rastlosigkeit. Er suchte Anerkennung um jeden Preis, auch mit Gewalt.

Zum Studium ging er ans Institut für orientalische Sprachen nach Moskau.

Seinen Militärdienst leistete er im Kaukasus ab. In Abendkursen erwarb er noch ein Juristendiplom. Öffentlich wurde er 1988 bei der Gründung einer „Demokratischen Union“ politisch aktiv. KP-Mitglied war er nie geworden, womit er sich heute gern brüstet. Die Liberaldemokratische Partei (LDPR) gründete er 1990. Ein halbes Jahr später trat er bei der Präsidentschaftswahl an und gewann auf Anhieb sechs Millionen Stimmen.

Sein Aufstieg spiegelt den zornigen Protest der Massen gegen das, so der

Moskauer Philosoph Alexander Zipko, „was mit uns geschieht: Wir stürzen, wir zerfallen, wir stecken bis zu den Ohren im Dreck“.

In den Strudel ja nicht wieder hinein-gezogen zu werden, ist nach dem Schirinowski-Wahlerfolg das hektische Bestreben aller Nachbarn des taumelnden Riesen Rußland. Den Eiseshauch aus dem Osten im Nacken, drängen sie auf einen warmen Platz unter dem Schutzschild der Nato.

Litauen stellte in der vergangenen Woche als erste ehemalige Sowjetrepublik einen offiziellen Aufnahmeantrag. Die Begehren Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei nach Ausstellen der Mitgliedsurkunde liegen vor.

Die Allianz aber, in die so viele hineinwollen, ist nicht geschmeichelt, sondern verunsichert. Vor ihrem Gipfeltreffen in Brüssel befand sie sich in einem strategischen Dilemma:

Einerseits möchte sie vermeiden, daß Rußland ausgegrenzt und in den Status eines potentiellen Feindes zurückversetzt wird. Andererseits kann sie nicht stillschweigend eine Art neues Jalta zulassen und die Staaten Osteuropas, die gerade ihrem Satellitendasein entronnen sind, erneut in die Einflußsphäre des übermächtigen Nachbarn im Osten stoßen.

Eine Erweiterung des Bündnisses würde bedeuten, die Garantie von Artikel 5 des Nato-Vertrags auch auf die Neuen auszudehnen – die automatische Beistandspflicht *aller* Mitglieder im Falle eines Angriffs auf einen von ihnen.

US-Präsident Clinton ist dazu nicht bereit und bekäme im Kongreß auch keine Mehrheit dafür. Und die Westeuropäer können den Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn keine Sicherheit ohne die Amerikaner versprechen, selbst wenn sie es wollten.

In diesem Zwiespalt hat sich die Allianz in die verlockende Idee „Partnerschaft für den Frieden“ geflüchtet: Anbindung der ehemaligen Ostblockstaaten an die Nato ohne sofortige Mitgliedschaft. Verbittert interpretieren die Abgewiesenen die dehnbare Formel als verschämten Kniefall vor Jelzin, der aber den Herrn im Kreml nicht besänftigen, sondern die imperialistischen Gelüste erst recht verstärken werde.

Die Russen, zumal in Zeiten innerer Wirren, würden „stets ihre Chancen wahrnehmen“, warnte Polens Präsident Lech Walesa. „Wenn der Westen ihnen heute Kleinigkeiten zugesteht, werden sie morgen Größeres verlangen.“

Nato-Generalsekretär Manfred Wörner widersprach: „Unser Kurs wird von uns selbst, nicht von Herrn Jelzin bestimmt“ (siehe Seite 116). Aber Walesa, immer schon in große Worte verliebt, zog eine dramatische historische Parallele. Bereits 1939 hätten die Polen

Bedrohtes Polen

RUDOLF AUGSTEIN

Man kann nicht sagen, daß zwischen Polen und Deutschen je ein gutes Verhältnis geherrscht hat, unter den sächsischen Königen nicht (1697 bis 1763), unter Friedrich dem Großen nicht, und erst recht nicht unter Bismarck, der den Satz niederschrieb: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen.“

Hitler dagegen überraschte die Welt, als er Göring zwecks Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Jagdpartien des halbfaschistischen Marschalls Jozef Pilsudski nach Warschau entsandte. So oder so, er würde das Land je nach Lage einsacken. Das muß nicht einmal Hermann Göring gewußt haben.

Die anderen Mächte, auch England, hätten Hitler die Amputation Polens und jede andere Demütigung seiner Bevölkerung zugestanden – aber bitte doch zivil! Neville Chamberlain, der sich durch Hitlers Überfall auf Prag im März 1939 am meisten geprellt fühlen mußte, sicherte Polen Englands Beistand im Fall eines deutschen Angriffs zu, den oft und so zu Unrecht kritisierten Garantievertrag. Das Kabinett, das Unterhaus, ja, beinahe das ganze Land fand er auf seiner Seite. Wenn Hitler Krieg wollte, sollte er ihn haben. Aber vielleicht würde er sich ja noch besinnen?

Nun, das würde er nicht. Schon im Münchner Abkommen 1938 hatte der britische Premier dem Vabanquespieler Hitler den ja keineswegs berechenbaren Krieg vorenthalten. Nicht noch einmal!

Hitler glaubte, er würde früh sterben, schließlich war schon sein Vater früh gestorben, und also gab es keinen Aufschub mehr. Jetzt mußte Krieg sein. Die meisten Offiziere ritten jubelnd über die Grenze, mit den Polacken würde man wohl fertig werden.

Ein Irrtum übrigens wäre es, und ist immer wieder anzutreffen, daß Hitler den Überfall von seinem Abkommen mit Stalin abhängig gemacht hätte. Der Pakt hatte vorherhand viele Vorteile, weil er erfolversprechend schien. In Polen einmarschiert wäre Hitler aber auch ohne diesen Pakt.

Von allen Staaten, die Hitler eroberte, hat Polen am meisten gelitten. Die Oberschicht wurde dezimiert. Zwischen fünf und sechs Millionen Bürger wurden auf polnischem Boden vergast, Zigeuner und Staatenlose gar nicht gerechnet.

Nun hatte Polen aber auch einen anderen gefährlichen Nachbarn, mit dem es jahrhundertlang im Streit gelegen hatten: das Zarenreich in Moskau. Mögen ihre Führer arrogant und leichtsinnig gewesen sein, so hätten sie zwischen ihren beiden Feindmächten nicht wählen können: eine war so antipolnisch wie die andere.

Daß Polen seine jetzige Westgrenze zu den Deutschen als gesichert ansieht, darf man wohl annehmen. Wie aber, wenn die früheren Sowjetmenschen buchstäblich verrückt spielen, wie etwa der Überraschungssieger Wladimir Wolfo-witsch Schirinowski oder Boris Jelzin, der so krank ist, wie er sich benimmt?

Man muß nicht gleich an ABC-Waffen denken, wenn man die russischen Wirren betrachtet. Genug Waffen und arbeitslose Kriegsmänner gibt es doch allemal. Polen hat die verbalen Drohungen ernst genommen, und das mit vollem Recht.

Wir, die wir bei Ausrufung des Kriegsrechts 1981 für Polen eine staunenswerte Sympathie bewiesen haben, können allein nicht Krieg führen, können es allein nicht schützen. Aber es sollte ganz ausgeschlossen sein, daß die Nato und insbesondere die USA einer Verstümmelung Polens zusehen. Im Gegenteil, wir müssen dem Land, wenn wir auch keinen Garantievertrag wie die Engländer 1939 ausstellen können, den Rücken stärken.

Obwohl es der Nato noch nicht beitreten kann und sollte, obwohl es die Bedingungen der EU noch lange nicht erfüllen wird, muß nahezu jedes Risiko eingegangen werden, die Polen in ihren jetzigen Grenzen sicher zu erhalten. Bedingungen dürfen wir daran nicht knüpfen, hier liegt die Priorität Nummer eins. Polen gehört zu uns, wird künftig zu einem wie auch immer gestalteten Europa gehören, und damit basta!

„geweint und gerufen“, um vor furchtbaren Entwicklungen zu warnen. Aber: „Man glaubte uns erst, als der Krieg Paris und London erreicht hatte.“

Heute sieht der oberste Pole in den westlichen Regierungszentralen wieder Feigheit und Ignoranz. Wenn sich die Nato den Sicherheit suchenden Völkern Osteuropas verweigere, ziehe „eine große Tragödie“ herauf, die zu einem „zweiten Jugoslawien“ führen könne.

Schon fürchten polnische Politiker und Publizisten, die „Appeasement-Ideologie“ (*Polityka*-Kommentator Adam Krzeminski) werde zu einer neuen Achse zwischen Deutschland und Rußland führen – auf Kosten Polens, wie im 18. Jahrhundert, als das Land dreimal zwischen Preußen, Österreich und Rußland aufgeteilt wurde, und wie abermals vor 55 Jahren, als Hitler und Stalin den Staat in ihrer Mitte gemeinsam zerstörten.

Bestürzt beobachteten Warschaus Diplomaten, daß Bonns Außenminister Klaus Kinkel seinem russischen Amts-

Die Gespenster der Vergangenheit stehen wieder auf

kollegen Andrej Kosyrew nicht eindeutig widersprach, als der eine „Berlin-Moskau-Achse“ anregte. Ihr Argwohn wurde noch bestärkt, weil Kinkel einen Besuch Kanzler Kohls in Polen abgelehnt hatte: Rußland sei wichtiger.

Auch in Prag sieht man die Gespenster der Vergangenheit auferstehen. „Eine Zurückweisung durch den Westen wäre wie der Schatten von München“, sagt der stellvertretende Außenminister Pavel Bratinka – 1938 hatten Briten, Italiener und Franzosen Hitler in München die sudetendeutschen Gebiete zugestanden und damit die Zerschlagung der Tschechoslowakei eingeleitet.

Für die Nato-Mitgliedstaaten könnte es auf Dauer gefährlich werden, ein sicherheitspolitisches Vakuum in Osteuropa zuzulassen. Die Allianz müsse Europa nicht nur vor den imperialen Gelüsten Rußlands, sondern auch vor sich selbst schützen, meint Bratinka: „Die Nato muß verhindern, daß in Europa wieder eine Bündnispolitik gegeneinander Platz greift, wie es vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall war.“

Wenn die allein gelassenen Staaten Osteuropas ihr Heil in einer Renationalisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik suchen, sehen Brüsseler Nato-Experten ein verhängnisvolles Eskalations-szenario voraus: verstärkte Aufrüstung, wachsende Bedrohungsängste nicht nur vor Rußland, sondern auch voreinander, ethnische Konflikte bis hin zu bewaffneten Grenzstreitigkeiten.

Ansätze dafür sind schon sichtbar, etwa zwischen Ungarn und Slowaken. Um nicht von zaudernden westlichen Partnern abhängig zu werden, möchte Estland so schnell wie möglich eine eigene Munitionsproduktion aufbauen.

Für die geschmähten und gefürchteten Russen, die bislang weder ihre Millionen Toten aus dem Krieg noch jene aus dem Gulag exakt gezählt haben, bleiben die Ängste der kleinen Völker in ihrem Bannkreis dagegen bis heute weitgehend unverstänlich:

„Wir mögen nicht, daß die Staaten Osteuropas und des Baltikums mit einer mythischen sogenannten russischen Gefahr spekulieren“, polterte Jelzins Verteidigungsminister Pawel Gratschow. Eine Nato-Erweiterung Richtung Osten, bekräftigte Jelzin-Sprecher Kostikow im Namen seines Herrn, bringe „militärische und politische Destabilisierung in eine Schlüsselregion“.

Vor vier Monaten noch hatte Jelzin, zu Besuch in Warschau, den Polen bedeutet, er habe keine Einwände gegen den erwünschten Beitritt zur Nato. Die Kehrtwende danach zeigt, daß Schirinowski und der großrussische Nationalismus, den er mit vollen Backen anfaßt, die Politik des Russen-Präsidenten schon mitbestimmen – genauso, wie Schirinowski mit seinen irrwitzigen Drohungen auch als unsichtbarer Gast mit am Tisch der Nato-Konferenz sitzen wird.

Schon bangen russische Intellektuelle wie der Schriftsteller Georgij Wladimow, das Volk, das vor einem halben Jahrhundert unter schrecklichen Opfern

den Einfall der Nazi-Armee stoppte, könne seine „Immunität gegenüber dem Faschismus bereits verloren haben“ und Schirinowski nach ganz oben bringen.

„Jelzin ist krank, Schirinowski ist gesund“, hatte Ungarns Premier József Antall kurz vor seinem Tod seinen Blick auf Russlands Zukunft beschrieben.

Der Mann, der seine Landsleute aufstörte und die Nachbarn in Nato-Deckung treibt, hielt in der vergangenen Woche in seiner schäbigen Moskauer Parteizentrale hof, als berühre ihn die internationale Aufregung nicht:

Einmischung in innere Angelegenheiten Bulgariens, wo er jüngst zu Besuch war und den Präsidenten Schelew als „Abschaum“ schmähte? „Ich bin doch der letzte, der in einem fremden Land was ändern will.“

Wut auf die Deutschen, die ihm ein Visum verweigerten und nicht in die Bundesrepublik weiterreisen ließen? „Längst vergessen, eine kleinliche Eskapade.“

Wladimir Schirinowski ist der Pudding, den niemand an die Wand nageln wird. Seine Sätze sprudeln wie Sturzbäche, mal verhalten, mal drohend, meistens auf Schockwirkung bedacht, von



Besucher Kosyrew, Jelzin, Nato-Gastgeber Wörner*
Wie der Schatten von München

beflissenen Gehilfen mühsam in Dreiminuten-Portionen für die ausländischen TV-Teams zerteilt, die dafür bereitwillig hundert Dollar zahlen.

Eine Sekretärin trägt die Deviseneinnahmen in ihre Kladde ein und stellt Quittungen aus: Kleinbürgermief durchzieht das Hospiz zur nationalen Hoffnung in Moskau Rybnikow-Gasse.

Die Spießigkeit ist so wohlinszeniert wie alles übrige Treiben des Wladimir Wolfowitsch (siehe Kasten Seite 110). Wer ihn bei seinen Harlekinaden aufmerksam aus der Nähe beobachtet, sieht plötzlich zwei Schirinowskis: einen, der agiert und parliert wie ein Unzurechnungsfähiger zwischen Sinn und Widersinn, zwischen Größenwahn und Kleinbürgeridylle – und einen anderen, der sich und sein Publikum beständig kontrolliert.

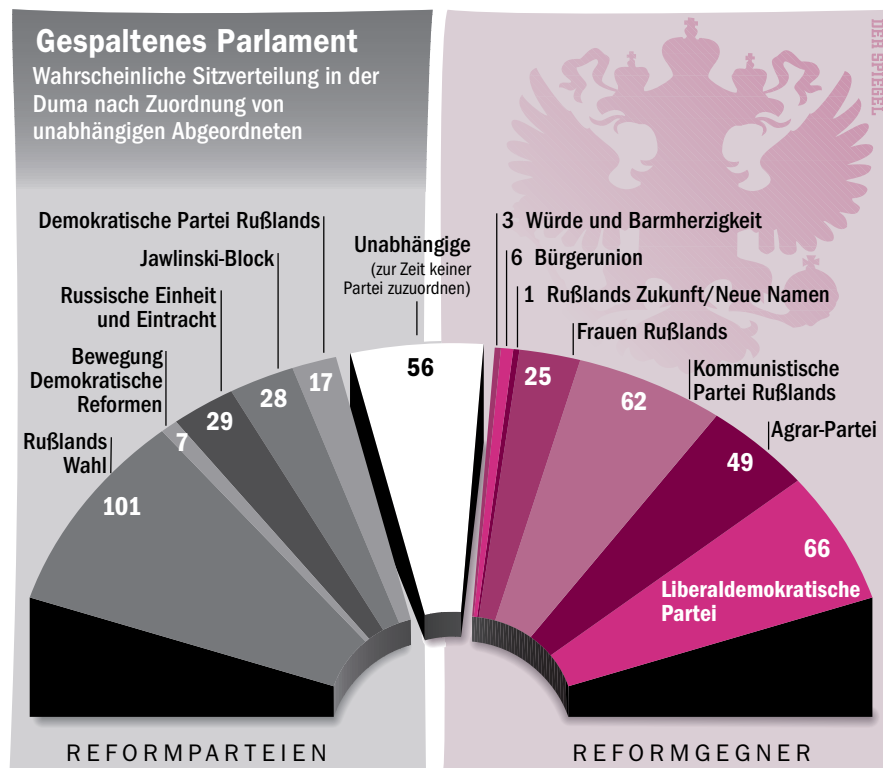
Wenn nachgelegt, wenn eine noch wildere Volte geschlagen werden muß: Schirinowski führt sein Schauspieler-Ego so sicher wie eine Marionette, die im Dreieck springt. Schirinowski sei ein glänzender Akteur, beobachtete auch Perestroika-Begründer Michail Gorbatschow, „nun muß man dringend nach seinem Regisseur suchen“.

Aber wo? Im Geheimdienst KGB, der den Sprücheklopfer zweifellos früher mal förderte und lancierte?

Trotz des Höhenflugs ist der „Falke“ Schirinowski, als den ihn seine Anhänger verehren, scheinbar behäbiger, weniger radikal geworden. Er poltert nicht mehr so wüst, als wolle sich der Chef der zweitstärksten Parlamentsfraktion Präsident Jelzin in staatsmännischer Pose andienen.

Zwei ideologische Vorsager seines „Obersten Rates“, die ihm bislang die Krallen schärfen, sind aus seiner LDPR ausgeschieden und haben eine eigene rechtsradikale Partei gegründet. Die beiden 35jährigen Ingenieure Andrej Archi-

* Im Dezember 1993 in Brüssel.



die Felder bewässern. Wir lassen alles so, wie die Einheimischen es wollen – Viehherden, Schaschlik-Spieße, frische Luft und Pilgerfahrten nach Mekka.

Im Wissen, daß an den Grenzen eine Zone der Instabilität entstehen wird, muß die Effektivität der Verteidigung erhöht werden. Man muß eine mobile Präsidentengarde schaffen, die mit allen Arten von Waffen ausgestattet ist, aus ausgewählten Profis besteht und fähig sein sollte, binnen einer Stunde Kampfhandlungen an jedem Punkt der Welt aufzunehmen.

Eine russische Wirtschaft, die auf nationalen Grundsätzen beruht, ist ohne mächtigen Staatssektor, ohne Rüstungsindustrie undenkbar – um so mehr, da unsere Nachbarn eine Menge Waffen benötigen, um ihre Probleme auszutragen.

Jede Form von Privatinitiative ist notwendig; man darf dabei aber nicht Millionen von schwachen, kranken und alten Menschen ihrem Los überlassen. Hier hat der Sozialismus eine Reihe sehr wichtiger Errungenschaften aufzuweisen: Zugang zur Bildung, zum Gesundheitswesen, soziale Leistungen für Mütter und Heimatverteidiger.

Sollen alle, die schnell laufen können, zu ihrem eigenen Wohl laufen, Geld für schicke Autos und prächtige Datschen verdienen – aber ehrlich. Für die anderen, die nicht so laufen können, muß der Staat sorgen. Auch sie haben das Recht auf ein normales, wenn auch nicht märchenhaftes Leben, denn sie sind Mitglieder unserer Gesellschaft.

Die Verbindung der wichtigsten Grundsätze des Sozialismus mit den

Prinzipien der nationalen Idee ist National-Sozialismus. National-Sozialismus hat mit Hitlerismus nichts zu tun. Hitler hat die Ideen des National-Sozialismus diskreditiert. In seinen Doktrinen steckt mehr von der Komintern-Idee einer Weltrevolution. Der Unterschied zwischen dem Anspruch auf Weltherrschaft und dem auf Weltrevolution ist gering. Der National-Sozialismus braucht keine Weltherrschaft und keine Vernichtungsstätten.

Die Philosophie des National-Sozialismus ist die eines Normalmenschen, eines Kleinbürgers, der ruhig leben will, eine liebende Ehefrau, gesunde Kinder und einen sicheren Arbeitsplatz haben möchte, der sonntags im Gärtchen arbeitet und einmal im Jahr in Urlaub fährt. Er will niemanden stören – aber selbst auch nicht gestört werden. Er ist ganz und gar kein Held, möchte nicht gefrorene Erde mit der Spitzhacke aufbrechen und sich auch nicht im Namen irgendwelcher Grundsätze vor Panzer werfen.

Er verachtet den Bettler und ärgert sich ein bißchen über die ganz Reichen. Er möchte sicher sein, daß seine Tochter nachts auf der Straße nicht vergewaltigt wird und daß sein Sohn nicht eine Flasche über den Schädel geschlagen bekommt. Er ist absolut kein Fanatiker, er braucht nicht, wie Hitler, einen Kult.

Seine Führer aber möchte er verehren und spüren, daß sie kraft ihres Verstandes ihrer Posten würdig sind. Damit diese einfachen Kleinbürgerpläne zu Normen des staatlichen Lebens werden, brauchen wir eine neue, entschlossene Politik.

pow und Sergej Scharikow, dem russischen Volk von Schirinowski als Informations- und Kulturminister zugedacht, beanspruchen inzwischen das Urheberrecht für „fast alle Sprüche, mit denen er um sich geworfen hat“ (Archipow).

Extremist Scharikow, der die kleinen Völker Rußlands als „Ungeziefer“ beschrieb, das gefälligst vor „dem russischen Herrn“ zu kriechen habe, sieht Schirinowski heute als „nackten König: Wir haben ihn mit unseren Parolen erst eingekleidet“.

„Bekanntwerden, bekanntwerden“ – dafür sei er sogar bereit, „öffentlich auf den Händen zu laufen“, habe Schirinowski schon lange vor dem Wahlkampf verkündet.

Wie geschickt seine Helfer auch sein mögen – die liberaldemokratisch verkleidete Rechtspartei ist in ihrer Wirkung nach außen eine Ein-Mann-Show. Ohne ihren Spitzenkandidaten wäre sie nicht so weit gekommen.

Die Spurensuche nach Drahtziehern und Hintermännern scheint deshalb müßig. Selbst wenn Schirinowski einst vom Geheimdienst „gemacht“ worden sein sollte, urteilt ein KGB-Veteran, „heute ist er vom Dienst nicht mehr zu kontrollieren. Kein Dossier muß ihn schrecken, er macht jetzt die Musik“.

Gönner und Förderer in den Kulissen hat er freilich, auch Geldgeber, die bei dem Nationalisten ihre Interessen am besten aufgehoben sehen. Sie kommen vor allem aus dem militärisch-industriellen Komplex, dem er mit dem Ankurbeln der Rüstungsproduktion wieder goldene Jahre verspricht.

Das erhellt schon ein Blick auf Schirinowskis Schattenkabinett: „Vizepremier“ und „Verteidigungsminister“ sind ehemalige Offiziere der militärischen Raumfahrt, der „Arbeitsminister“ ist ein Mann des Schwermaschinenbaus, sein für Wissenschaft zuständiger Kollege wahrt die Interessen der Elektronikindustrie.

Freimütig gesteht LDPR-Chefideologe Putin, der einst am Institut für Marxismus-Leninismus Geschichte unterrichtete: „Wenn Wladimir Wolfowitsch im Parlament nicht zu seinen Lösungen steht, werden Rüstungswirtschaft und national gesinnte Industrie sofort aufhören, ihn zu finanzieren.“

Seinen Hauptgeldgeber hat Schirinowski kurz vor der Wahl verprellt. Eigenhändig strich er den Kommunisten und Neu-Unternehmer Andrej Sawidia von der Landesliste seiner Partei. Der hatte über seinen Konzern „Galant“ drei Milliarden Rubel in den Wahlkampf gesteckt.

Noch 1991 war der ehemalige Intourist-Direktor (und mutmaßliche KGB-General) Sawidia als Schirinowski-Vize in den Präsidentschaftswahlkampf gezogen. Inzwischen sinnt der Ausgebootete



Bürgerkrieg in Georgien: „Den Kaukasus muß Rußland abschneiden“

auf Rache und plant die Gründung einer eigenen, allrussischen Zentrumspartei, mit der er sich 1996 selbst um das Präsidentenamt bewerben will.

Bundesdeutsche Behörden sorgen sich inzwischen sogar, Schirinowski, dem auch Zugang zu schwarzen Kassen des KGB im westlichen Ausland nachgesagt wird, könnte den Schatz der verschwundenen SED-Millionen anzapfen.

Der Verdacht wird durch seine Kontakte zu einem Berliner geschürt, der bei Ermittlern kein Unbekannter ist: Werner Girke. Zu DDR-Zeiten diente der Kaufmann der SED als Strohmann, steuerte für sie in der Schweiz und Liechtenstein unter anderem die Tarnfirmen Orvag und Corefina.

Nach der Wende half er der PDS beim Verschieben von Geldern. Inse-

samt 14,2 Millionen Mark erhielt Girke Anfang 1990 bar und ohne Quittung und schaffte sie auf Luxemburger Konten. Zwar offenbarte er sich im Sommer letzten Jahres der Treuhandanstalt, gab Firmen und die 14,2 Millionen zurück. Doch bei den Behörden blieben Zweifel, ob er wirklich alle schwarzen Gelder abgeliefert hatte; 4 Millionen – so der Verdacht – kamen nicht bei der Treu-

„Was hat er schon Böses getan?“

Russen über ihre Motive, die Schirinowski-Partei zu wählen

Im Moskauer „Stabsquartier“ der Liberaldemokraten drängen sich Tag für Tag Bürger, die der Partei beitreten wollen. Der SPIEGEL befragte einige von ihnen nach den Gründen:

Alexej Polewtschikow, 30, Mechaniker:

Alle anderen Parteien streben den Kapitalismus an. Schirinowski denkt an die Russen. Er ist kein Faschist, sondern vertritt einfach die Interessen der russischen Nation.



Walerij Schogow, 28, arbeitslos:

Schirinowski steht dem Volk am nächsten, und hier wiederum seinem größten Teil: den Armen, Enttäuschten und überflüssig Gewordenen, den Russen im nahen Ausland. Als einziger tritt er für harte Lösungen ein. Die Jelzin-Regierung hat sich völlig in Mißkredit gebracht. Kriminalität und Arbeitslosigkeit gehören zum Alltag, der Mensch wird verachtet. Manche Parole Schirinowskis mag national-sozialistisch klingen. Aber was ist schlecht daran? Denen zu helfen, die heute auf den Knien liegen, Rußland den Russen – das ist Patriotismus. Man ist es leid, sich für seinen Staat zu schämen. Schirinowski soll Präsident werden.



Jewgenij Trofimow, 52, Kraftfahrer:

Schirinowskis Partei war die beste im Angebot: Er will Ordnung schaffen in Rußland, das gefällt mir. Das Leben unter den Kommunisten war kein Honigschlecken, aber es gab kein Gangstertum, nicht soviel Unsicherheit. Das Schlimmste an Jelzin und seiner Umgebung ist die Korruption. Eine Plage, die uns alle arm macht. Deshalb gehört Schirinowski heute an die Spitze des Parlaments.



Wladimir Klimow, 27, Computerverkäufer:

Die Liberaldemokraten sind die einzigen, die den Pseudodemokraten wirklich Widerstand leisten. Die Jelzin-Führung hat für nationale

Probleme Rußlands kein Gespür, sonst hätte sie bei den Wahlen wesentlich mehr Unterstützung gefunden. Für Demagogie hat unser Volk wenig übrig. Das Ausland klebt Schirinowski einfach locker das Etikett „Faschist“ auf. Wenn Rußland sich erlaubte, über ausländische Politiker solche Klischees abzugeben, würde man wahrscheinlich die Gerichte bemühen.



Marija Kenig, 46, Lehrerin:

An Jelzins Stelle wäre ich längst zurückgetreten. Zur rechten Zeit gehen, das kann schon sehr viel sein. Statt dessen klammert er sich an die Macht, obwohl das Volk gegen ihn gestimmt hat. Wer Schirinowski einen Faschisten schimpft, ist einfach dumm. Was hat er schon Böses gesagt oder getan? Ich kann ihm vertrauen und Glauben schenken: Ein Schirinowski ist gut gegen politische Stagnation. In meinen Jugendjahren war das Leben schön. Jetzt sagen viele, man war arm. Doch jede Melkerin und Bäuerin lief zu ihren Kühen oder auf ihren Acker mit Gold an den Fingern und an den Ohren. Unter dem Zaren hat man Gold nur an Feiertagen getragen und auch nur bei Hofe.

hand an, sie wanderten auf russische und osteuropäische Konten.

Als vergangene Woche bekannt wurde, daß Girke am 22. Dezember letzten Jahres Schirinowski bei dessen Aufenthalt in Österreich besucht hatte, schlugen die Berliner Behörden zu. Am Donnerstag voriger Woche durchsuchten Polizisten Girkes Berliner Firma TVO GmbH, die er 1990 unter noch ungeklärten Umständen aus dem SED-Erbe erworben hatte. Dabei erfuhren die Fahnder auch, daß vor wenigen Monaten ein „persönlicher Mitarbeiter“ Schirinowskis sechs Wochen in Girkes TVO gearbeitet hatte.

Schirinowskis Anbindung an den alten Nomenklatura-Klüngel im In- und Ausland macht den Demagogen besonders gefährlich. Denn als seine Mäzene fallen ausgerechnet jene Sparten der Rüstungsindustrie auf, die über Jahrzehnte besonders streng vom KGB kontrolliert wurden und deshalb mit dessen Kadern längst untrennbar verfilzt sind.

Die scheinbar ausgemusterten Offiziere des aufgelösten KGB finden in Bürokratie und Industrie oft Spitzenpositionen. Der Arm der postsowjetischen Stasi wird nicht kürzer, sondern länger – und mit ihm auch der Schatten eines neuen, totalitären, aggressiv-expansionistischen Regimes.

„Die Knute muß wieder gezeigt werden“, wünscht sich ein als Unabhängiger ins Parlament gewählter Rüstungslobbyist, „ob es die von ‚Borja‘ (Jelzin) oder die von ‚Schirik‘ (Schirinowski) ist, spielt überhaupt keine Rolle.“ Philosoph Zipko kommt zum gleichen Ergebnis: „Die Russen sehen ihren wirklichen Herrn allein in dem, der über eine harte Hand verfügt.“

Die Bereitschaft zum Dreinschlagen ist keineswegs nur in sozialen Randschichten der Wählerschaft ausgeprägt: 60 Prozent der LDPR-Mitglieder sind für militärisches Eingreifen in Nachbarstaaten,

Spenden aus der Rüstungsindustrie für den Demagogen

wenn dort die Rechte der russischen Minderheit verletzt würden. Die Schirinowski-Bewegung ist eine ausgesprochene Mittelstandspartei: Zwei von drei Wählern haben Hochschulbildung, fast jeder zweite ist Angestellter oder Vertreter der technischen Intelligenz, jeder zehnte Wissenschaftler, Student, Unternehmer – oder Arbeiter.

Auch die uniformierten Gewalttäter laufen längst zu Schirinowski über: Jeder dritte Soldat, wurde dem Oberbefehlshaber gemeldet, habe für die LDPR gestimmt. In den geschlossenen Wahllokalen der strategischen Raketen-truppen und der Elitedivisionen bei



Neumitglieder im Schirinowski-Hauptquartier
Zwischen Größenwahn und Kleinbürgeridylle

Moskau wurden nach Erkenntnissen des Generalstabs über 70 Prozent der Stimmen für Schirinowski ausgezählt.

Luftwaffe, Pazifik-, Schwarzmeer- und Ostseeflotte fielen ebenfalls an den Nationalsozialisten. Und der Unmut der Truppe wächst: Allein im letzten Quartal des vergangenen Jahres blieb die Regierung Sold in Höhe Hunderter Milliarden Rubel schuldig. Im Dezember letzten Jahres verweigerten Offiziere einer Raketeneinheit den Dienst, weil sie seit Monaten nicht bezahlt worden waren.

Den schwersten Schock versetzten die Kreml-Soziologen und Wahlanalysiker ihrem Chef Jelzin freilich mit der Nachricht, daß „in den Augen der Bevölkerung Wladimir Wolfowitsch zum zweiten Politiker im Staat und zum ‚Erben Ruzkois‘ geworden“ sei. Der Afghanistan-Kämpfer Alexander Ruzkoi war als Vizepräsident fast so populär wie Jelzin selbst, bis er sich im Machtkampf zwischen Präsident und Parlament auf die falsche Seite schlug.

Der Herausforderer Schirinowski, aber auch Jelzins Radikalreformer-Riege weiß nun, daß der rechte Hetzer womöglich nicht mehr weit von der Macht entfernt ist.

Götterdämmerung im Kreml – nur wenige Tage vor der Eröffnung des neuen Parlaments und Clintons Besuch in Moskau: Die Gangart wird härter, der Gesundheitszustand Jelzins ist für die

zerstrittene Erbengemeinschaft kein Tabu mehr. Auf seine letzte Pressekonferenz, berichtet ein Gehilfe, habe „der Chef zehn Tage lang mühsam eingestellt werden müssen“.

Trotzdem war er wacklig auf den Beinen und zu komplexen Antworten nicht in der Lage. Sprecher Kostikow traktierte ihn wie einen Pflegefall und bat, laut und langsam zu fragen.

Der Diadochenkampf ist in vollem Gange, als seien die zweieinhalb Amtsjahre, die Jelzin verbleiben, nur noch eine Nachtwache:

Ministerpräsident Tschernomyrdin versprach bereits, den Eifer der Radikalreformer in seinem nächsten Kabinett kräftig zu dämpfen. Es werde eine „Regierung der Mitte“ geben, Schocktherapeuten würden nicht mehr gebraucht.

Fiele Jelzin plötzlich aus, wäre Tschernomyrdin nach der neuen Verfassung Übergangspräsident – mit der einzigen Machteinschränkung, das Parlament nicht auflösen zu dürfen.

Presseminister Schumeiko, beflissenstes Jelzin-Echo, möchte sich eine Position als Sprecher des neuen Oberhauses, der Regionalkammer, aufbauen.

Sein Kollege Schachrai strebt trotzig das Amt des Parlamentspräsidenten an – und gefährdet damit den mühsam ausgehandelten Kompromiß der Fraktionen, auf diesen Posten keinen der rivalisierenden Parteiführer, sondern einen Neutralen zu berufen. Scheitere diese Absprache, drohte Schirinowski am Mittwoch vergangener Woche, werde er „seine ursprüngliche Kandidatur wieder anmelden“.

Der Mann, der befindet, daß Rußland „genug gelitten hat“ und „nun andere leiden“ sollen, will auf der ersten Duma-Sitzung den Antrag einbringen, sämtliche Putschisten – die vom August 1991 wie die vom Oktober 1993 – unverzüglich zu amnestieren.

Der Messias der russischen Chauvinisten wäre damit seinem Ziel, die Nation auf Restaurationskurs zu bringen, einen erheblichen Schritt näher gekommen. Nur zum großen Weihnachtsküssen mit dem orthodoxen Patriarchen am vergangenen Freitag war er noch nicht zugelassen. □